Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover

12

Voltaire Flugschrift

Kommilitoninnen, Kommilitonen, meine Damen und Herren, ich möchte das Thema Disziplinierung oder Demokratisierung der Universität im Zusammenhang mit der politischen Rolle der Studentenschaft in der Öffentlichkeit diskutieren. Der erste Teil ist adressiert an die Öffentlichkeit draußen, der zweite Teil behandelt Dinge, die wir hier diskutieren müssen und über die wir klar werden wollen. Eine gewisse politische Aktivierung von Teilen der Studentenschaft, wie wir seit einigen Jahren in der Bundesrepublik und anderen Ländern beobachten können, hat Reaktionen hervorgerufen. Innerhalb der Universitäten reichen sie von fast unmerklichen Diskriminierungen über Hörsaalverbote bis zu Androhungen von disziplinarischen Maßnahmen. Außerhalb der Universität breiten sich Mißtrauen und Ablehnung gegen »studentische Störenfriede« aus; die sehr schnell in offene Diskriminierung und förmliche Sanktionen umschlagen. Die Reaktion der breiten Bevölkerung kristallisiert sich um tiefsitzende Ressentiments gegen Minderheiten. Ich meine, daß sich die Reaktionen der Bevölkerung um Ressentiments gegen Minderheiten kristallisiert, insbesondere gegen intellektuelle Minderheiten. Diese stereotype Einstellung wird durch einen Teil, einen nicht unerheblichen Teil, dieser Presse befestigt, durch eine Presse, die der Verdächtigung extremistischer Gruppen unter bekannten Stichworten wie Randalierer, Gammler, Kommunisten sich nicht genug tun kann, diese Verdächtigungen fallen gegen eine schon gefährdete Demokratie in demselben Maße ins Gewicht, gleich viel, ob es sich um die blanken Aufhetzungen der Springer-Presse oder um die sublimierten Angriffe scheinbar seriöser Leitartikel handelt. Nicht minder problematisch sind die Reaktionen der großen politischen Parteien, die seit Jahren mit ihren Studentenverbänden in Fehde liegen und oft zu Distanzierungen und zum Ausschluß der mißliebigen Studenten neigen. Ein alarmierendes Zeichen dafür, daß der innere Aufbau dieser Parteien autoritär ist und daß der Toleranzspielraum für Fraktionsmeinungen auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist.

Dies alles nun beobachten wir seit Jahren, ja an bestimmte Arten von Reaktionen erinnere ich mich noch aus meiner Studentenzeit zu Beginn der 50er Jahre. – Allerdings hat sich dieses antistudentische, antiintellektuelle Syndrom inzwischen so stabilisiert, daß nun auch Organe des Staates die politischen Teilnahmerechte von Studenten faktisch einschränken. Das begann in Berlin und vielleicht nicht erst im vergangenen Semester, aber sicher im vergangenen Semester mit Demonstrationsverboten und vorbeugenden polizeilichen Maßnahmen. In der vergangenen Woche aber hat die Reaktion der Staatsgewalt auf studentische Proteste eine neue Qualität angenommen, eine Qualität, die wir seit den Tagen des Faschismus in Berlin und in der Bundesrepublik zum ersten Mal wieder kennenlernen. Wenn die Augenzeugenberichte – und ich zweifle nicht daran, denn sie sind zuverlässig dokumentiert, – nicht Wort für Wort widerlegt werden, hat die Polizei am Freitag, dem 2. Juni vor dem Opernhaus in Berlin Terror ausgeübt, und der Berliner Senat hat am selben Abend diesen Terror gedeckt. – Legaler Terror heißt gezielte Einschüchterung, heißt eine faktische Einschränkung geltender politischer Rechte. Terror zielt ja nicht auf die gewaltsame Unterdrückung eines augenblicklichen Protestes, sondern auf die Abschreckung künftiger Proteste. Sollte unser begründeter Verdacht auf Terror nicht mit aller wünschenswerten Konsequenz aufgeklärt und sollte er – im Falle der Bestätigung – nicht unmißverständliche, juristische und erhebliche politische Folgen haben, dann werden wir den 2. Juni 1967 als einen Tag in Erinnerung behalten müssen, an dem die Gefahr nicht etwa nur einer schleichenden Austrocknung, sondern einer manifesten Einschränkung der Demokratie in unserem Lande für jeden Bürger, der lesen kann und der nicht willentlich die Augen schließt, in drastischer Form sichtbar geworden ist.

Diese Ereignisse geben andererseits auch Anlaß, darüber nachzudenken, welche politische Rolle die Studenten heute in der Bundesrepublik spielen, spielen können und spielen sollen. Studentische Opposition ist Teil der intellektuellen, die intellektuelle ist Teil der mehr oder weniger unorganisierten vorparlamentarischen Opposition. In diesem Rahmen genießen Studenten keine Privilegien. Sie haben keine korporativen Sonderrechte, auf die sie ihre politische Aktivität begründen könnten, zudem müßten sich ja alle Versuche akademischer Legitimationen, eine Elitestellung in Anspruch zu nehmen, vor der schlichten historischen Erinnerung an die Rolle, die gerade die aktiven Bürger der Universität in den 30er Jahren gespielt haben, aufs peinlichste blamieren. Studenten haben für das, was sie tun, keine andere Legitimation als die Staatsbürgerrechte, die sie mit allen Bürgern teilen. Was sie vor politisch passiveren Gruppen auszeichnet, ist eine ausgedehntere Inanspruchnahme dieser Rechte. Das wieder ist nicht erstaunlich –ich brauche das ja nicht auszuführen – wenn man bedenkt, daß Studenten erstens ein höheres Informationsniveau haben, als wir es durchschnittlich in der Bevölkerung finden; daß zweitens das Studium in gewissem Umfang immerhin Motive und Interessen weckt oder wenigstens begünstigt, die zu politischem Engagement führen können

und sei es in seiner gegenwärtigen Form auch nur dadurch, daß es Widerspruch herausfordert; und daß schließlich drittens die Studentenrolle vom aktuellen gesellschaftlichen Druck stärker freisetzt als andere Erwachsenenrollen, die einen Status einräumen.

Welche Funktionen hat nun die studentische Opposition in der Bundesrepublik?

Wenn wir die Gegenstände studentischer Proteste, die Ziele studentischer Proteste während der letzten Jahre betrachten, dann bemerken wir daran etwas Spezifisches, – jene Proteste sind nämlich in einem recht altmodischen und heute fast schon diskreditierten Sinne politisch, weil sie sich in den meisten Fällen nicht an unmittelbaren Gruppen- und Verbandsinteressen, die sehr legitim vertreten werden können und sollen, entzünden, sondern an den allzu pragmatischen Unterlassungen, die sich die Presse, Parteien und Regierung zuschulden kommen lassen. Die studentischen Proteste bringen oft genug erst zum Bewußtsein, was die offiziellen Instanzen absichtslos oder auch mit Vorsatz aus dem politischen Bewußtsein ihrer Bürger aussparen und vielleicht sogar aus ihrem eigenen Bewußtsein erfolgreich verdrängen. Die Studentenproteste, das ist meine These, haben eine kompensatorische Funktion, weil die in einer Demokratie eingebauten Kontrollmechanismen bei uns nicht oder unzureichend funktionieren.

Die, die daran zweifeln, und die sitzen nicht in diesem Saal, bitte ich, sich zu erinnern. Oft waren es erst Studentenproteste, die politische Ereignisse, welche zum innenpolitischen Hausgebrauch als Konsumware abgepackt wurden, in die theoretische Perspektive hereingerückt haben, ohne die sie als politische Ereignisse überhaupt nicht begriffen werden können. Dafür ist der Vietnamkonflikt ein überzeugendes Beispiel. Ich erinnere mich genau, erst der Vorstoß von Studenten, in diesem Falle aus Berlin, gegen die falschen Definitionen eines Krieges, der ein sozialer Befreiungskampf ist, hat in das offizielle Weltbild unseres Landes die Bresche geschlagen, in die dann auch von anderer Seite aufklärende Informationen nach und nach eindringen konnten. Oft waren es erst Studentenproteste, die uns sensibel machten für ein krasses Mißverhältnis zwischen dem faktischen Verhalten und den beanspruchten Legitimationen. Dafür sind die Demonstrationen gegen den persischen Staatsbesuch ein überzeugendes Beispiel. Erst diese Proteste haben die, durch die Illustrierten vorbereiteten, durch das Staatszeremoniell bekräftigten, Personalisierungen durchbrochen und den Gegensatz zwischen den Schaubildern eines orientalischen Märchens und der tatsächlichen Funktion eines despotisch regierenden Monarchen gezeigt. Oft waren es erst Studentenproteste, die den auf ganz Unmittelbares fixierten Blick unserer Realpolitiker erweitert und welche die objektiv geforderte Phantasie in Bewegung gesetzt haben, um künftige Konsequenzen in ganzer Tragweite zu antizipieren. Dafür sind ja die Proteste gegen die Notstandsplanung ein überzeugendes Beispiel. Oft waren es Studentenproteste, die in Augenblicken an Prinzipien erinnerten, in denen allein die Radikalität des Festhaltens an Prinzipien vor einer qualitativen Verschiebung des Verfassungszustandes bewahren kann. Das war

so in der Spiegelaffäre und das ist heute in diesem Augenblick wieder so. Studenten sind es und in den ersten Tagen waren es allein Studenten, welche heute die Öffentlichkeit gegen die offiziellen Darstellungen und gegen die falschen Apologien der Obrigkeit davon überzeugen müssen, daß Polizeiterror, wenn er nicht durch weithin sichtbar politische Konsequenzen öffentlich und wirksam verurteilt wird, den ersten definitiven Schritt zum Polizeistaat bedeutet. Es waren schließlich Studentenproteste, die dazu beitgetragen haben, daß Presse, Parteien und Regierung aus Anlaß konkreter Ereignisse, sei es in Südafrika, in Südamerika, in Ostasien darauf gestoßen wurden, daß sich der weltgeschichtliche – wenn ich das so ausdrücken darf – Aggregatzustand der Politik verändert hat und in den Kategorien des 19. Jahrhunderts nicht mehr fassen läßt, – daß Außenpolitik nicht mehr in Kategorien der Machtpolitik mit diplomatischen und militärischen Mitteln betrieben werden kann, sondern in Kategorien einer Gesellschaftspolitik im Weltmaßstab betrieben werden muß.

Ich fasse zusammen: Die Aufgabe der studentischen Opposition in der Bundesrepublik war es und ist es, den Mangel an theoretischer Perspektive, den Mangel an Sensibilität gegenüber Verschleierungen und Verketzerungen, den Mangel an Radikalität in der Auslegung und der Praktizierung unserer sozial rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung, den Mangel an Antizipationsfähigkeit und politischer Phantasie, – eben das Fehlen einer in ihren Intensionen aufgeklärten, in ihren Mitteln redlichen, in ihren Interpretationen und Handlungen fortschrittlichen Politik zu kompensieren. Dabei verkenne ich nicht die engen Grenzen einer studentischen Opposition, doch davon will ich hier nicht sprechen. Eingehen möchte ich stattdessen – und das ist nun der Teil, der uns hier intern zunächst zu beschäftigen hat – auf objektive und subjektive Gefahren, die sich für den politischen Bewegungsspielraum der Studenten ergeben, und zwar im unmittelbaren Hochschulbereich ergeben.

Objektive Gefahren ergeben sich aus den bestehenden Strukturen der Hochschulen und erst recht aus der bestimmten Tendenz zur Veränderung in der Struktur. Es mehren sich die Zeichen dafür, ich denke an Diskussionen im Zusammenhang mit dem letzten Gutachten des Wissenschaftsrates, daß die rückblickend fast schon liebenswerte Liaison unserer Nachkriegsdemokratie mit den Hochschulen in ihrer traditionellen Gestalt zu Ende geht. Der Schatten einer autoritären Leistungsgesellschaft fällt schon auf eine Korporation, die mit ihren feudalistischen Zügen nicht nur für die Repression eigener Art, sondern auch für archaische, aber dringend notwendige Freiheitsreservate gesorgt hatte. Heute ringen zwei Tendenzen miteinander, von denen die eine gewiß stärker ist, – um so mehr muß die Studentenschaft und müssen – wie ich meine – alle Bürger der Universität für den Durchbruch der anderen Tendenz kämpfen. Zwei Tendenzen also – entweder ist die Steigerung der Produktivität der einzige Gesichtspunkt einer Reform, welche eine entpolitisierte Hochschule in das System der gesellschaftlichen Arbeit fugenlos integriert und sie zugleich unauffällig aus ihrer Verzahnung mit der politischen Öffentlichkeit löst. Oder die Uni-

versität behauptet ihre Stellung in der Demokratie; das scheint aber nur mehr auf dem Wege möglich zu sein, der Demokratisierung der Hochschule genannt wird. Drei Punkte halte ich für entscheidend — ich will sie hier nur nennen — ich nehme an, daß wir dann im einzelnen darüber diskutieren. 1. müssen politische Diskussionen, müssen Diskussionen auch von politischen Tagesfragen ein anerkannter Bestandteil der hochschulinternen Öffentlichkeit bleiben. Die kritische Erörterung politischer Fragen in der Universität soll nicht nur zugelassen, sie soll offiziell gefördert und gewollt werden. Ich bin der Überzeugung, daß die Selbstreflexion der Wissenschaft, die das Medium des wissenschaftlichen Fortschrittes ist, mit der rationalen Erörterung praktischer Fragen und politischer Entscheidungen durch die gemeinsame Form der Kritik verbunden ist.

2. darf die in vielen Disziplinen und an manchen Fakultäten fällige — und ich sage überfällige Neuordnung der Studiengänge nicht dazu benutzt werden, um eine schwerfällige Korporation bloß auf Vordermann zu bringen. Es muß verhindert werden, daß ein reglementierter Lehrbetrieb allein auf Erfordernisse der akademischen Berufsausbildung für eine nach Kapazität und Bedarf begrenzte Leistungselite abgestellt wird. Denn die Folgen der Reglementierung in diesem Sinne, und die Folge eines Ausschlusses der Studenten von Forschungsprozessen, die obligatorische Begrenzung von Studienzeiten, alles dies wäre eine indirekt erzwungene Entpolitisierung der Hochschule.

3. ist es im berechtigten Interesse der Studentenschaft, überlieferte und neue Ordnungen des akademischen Disziplinarrechts sorgfältig zu prüfen und anzustreben, daß die Studenten an der Selbstverwaltung der Hochschule als eine von drei Parteien als angemessen beteiligt werden.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, andererseits auch auf die subjektiven Gefahren hinweisen, die der studentischen Opposition drohen, in dem von Herrn Nevermann zu Beginn erläuterten Sinne einer Selbstisolierung. Ich spreche über Schwierigkeiten bei dem Versuch, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu ändern; über Schwierigkeiten, über die wir uns hier in aller Öffentlichkeit — unter uns intern — auseinanderzusetzen haben. Zunächst ist heute jeder, der mit einem gewissen theoretischen Anspruch Politik erörtern und dann auch mit praktischen Folgen betreiben möchte, mit einem Mißverhältnis zwischen der Kritik und den Chancen einer praktischen Umsetzung dieser Kritik konfrontiert. Lassen Sie es mich so ausdrücken, meine Damen und Herren: die Durststrecke zwischen Theorie und Praxis ist in der heutigen Lage ungewöhnlich lang. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Je komplexer und umfassender das System wird — und in einem Stadium, in dem wir ja zum ersten Mal in einem strengen Sinne von Weltgeschichte sprechen dürfen, umfaßt dieses System die gesellschaftlichen Beziehungen des ganzen Erdballes, — um so mehr also entzieht sich dieses System unmittelbarem Einwirken und um so schwächer werden die Aussichten für das, was in manchen Traditionen direkte Aktion hieß. Die Komplexität der Glieder, die heute zwischen Theorie und Praxis vermitteln, ist nur zu oft entmutigend. Zwei

weitere Schwierigkeiten ergeben sich aber speziell aus der Rolle — wenn ich das recht sehe, und ich lasse mich da gern korrigieren, wenn ich es falsch sehe — aus der Rolle der Studenten; nämlich auf der einen Seite entstehen Spannungen zwischen ihren Energie und Geduld erfordernden politischen Interessen und dem Interesse an der schnellen und zuverlässigen Vorbereitung auf einen spezialisierten Beruf. Auf der anderen Seite entstehen Konflikte zwischen dem Befürnis nach einer theoretischen Anleitung zum Handeln und nach einem positivistischem Wissenschaftsbetrieb, der Handlungsorientierungen nicht mehr hergeben kann.

Diese drei Konflikte fordern zwiespältige Reaktionen heraus. Ich nenne jeweils zwei Reaktionsbildungen, die nicht etwa Lösungen des Konfliktes darstellen, sondern den ungelösten und verdrängten Konflikt bloß spiegeln. Aber ich mache darauf aufmerksam, ich mache auch die Vertreter der Presse darauf aufmerksam, daß nach meinen Erfahrungen auf dem einen Pol, den ich nun jeweils nennen werde, die Masse der Studenten sich befindet, und auf dem anderen Pol, wenn mich meine Kenntnisse — und die sind einigermaßen genau — nicht trügen, wird an den politisch aktivsten Universitäten kaum eine Handvoll Studenten stehen.

1. Das Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis kann von denen, die entsprechende Frustrationen nicht aushalten und nicht rational verarbeiten können, abgeleitet werden: entweder in Indifferentismus, in eine Abwendung von Politik überhaupt, oder in Aktionismus, d. h. in eine Praxis, die jeden Anlaß zur Mobilisierung, allein um der Mobilisierung, aber nicht um der begründeten und taktisch aussichtsreichen Durchsetzung von definierten Zielen willen ergreift.

2. Das Spannungsverhältnis zwischen politischem Engagement und Berufsvorbereitung kann von denen, die die entsprechenden Belastungen nicht tolerieren oder nicht rational verarbeiten können, abgeleitet werden: entweder in Überanpassung, d. h. in eine Antizipation von Zwängen der künftigen Berufssituation, oder aber in ein regressives Festhalten an der Situation von Studienanfängern, d. h. in das Abschirmen gegen das intellektuelle Eindringen in die Materie eines Faches zugunsten einer verselbständigten revolutionären Dauerbereitschaft.

3. Das Spannungsverhältnis — ich weiß, daß ich mir hiermit keine Freunde mache — zwischen dem Bedürfnis nach praktischer Gesamtorientierung und Scientismus kann von denen, die die entsprechenden Frustrationen nicht aushalten und rational nicht verarbeiten können, abgeleitet werden: entweder in eine positivistische Beschränkung auf erfahrungswissenschaftlich immanente Fragen, verbunden mit politischer Apathie oder mit einer von Fall zu Fall kontingenten und ganz irrationalen Handlungsorientierung, oder aber in eine theoretische Übervereinfachung und in eine irrationalistische Einstellung gegenüber unmittelbarer Befriedigung.

Ich halte es für nötig, meine Damen und Herren — das sind keine Dinge, die durch Akklamation hier entschieden werden können —, daß wir uns über diese Schwierigkeiten und auch über die Reaktionsformen, in denen sich die unbewältigten Konflikte ausdrücken, und die wichtigere dieser

Reaktionsformen ist eben die der Masse ihrer Kommilitonen und nicht die einer ganz kleinen Zahl — ich meine, daß wir uns darüber klar werden, damit die studentische Opposition nicht dadurch in Gefahr gerät, sich selbst zu isolieren. Nun, ich halte diese Gefahr für nicht so groß. Vor allem sollte sie nicht denen zum Vorwand dienen, die den Bewegungsspielraum der studentischen Opposition als solchen einschränken möchten. Ich halte es für ein Zeichen von Liberalität, daß wir auch bei einer solchen Gelegenheit diese Frage diskutieren. Vor allem aber, und das ist nun wirklich in der Presse nicht nur, in der Bevölkerung nicht nur, selbst unter den verständigsten Leuten, selbstverständlich Kollegen eingeschlossen, völlig unklar, deswegen — mit allem Nachdruck — vor allem aber, und das ist keine captatio benevolentiae gegenüber Anwesenden, die können rausgehen, ich sage, vor allem habe ich mich überzeugt, daß gerade die heute aktiven, die heute führenden, die heute bestimmenden Repräsentanten der Studentenschaft, die vor Ihnen sitzen, auf eine exemplarische Weise zeigen, daß jene Konflikte auch rational verarbeitet werden können. Ich mache mir keine Illusionen — und ich komme damit zum Schluß — über eine von Gewalt freie Welt, diese Welt ist von Gewalt besessen, wie wir wissen. Aber die Befriedigung der Art, durch Herausforderung die sublime Gewalt in manifeste Gewalt umzuwandeln, ist masochistisch, keine Befriedigung also, sondern Unterwerfung unter eben dieselbe Gewalt. Das muß an einem Sarg, obwohl niemand einen Toten aus politischen Gründen für sich reklamieren kann und reklamieren will, das muß aber an dieser Stelle auch gesagt werden dürfen. Die demonstrative Gewalt, auf die die studentische Opposition eingeschränkt ist — und nur davon ist hier die Rede — die demonstrative Gewalt, welche (die) politische Aufklärung in unserer Situation in Anspruch nehmen muß, ist definiert durch das Ziel der Aufklärung. Durch Demonstrationen erzwingen wir Aufmerksamkeit für unsere Argumente, die wir für die besseren halten. Auch und gerade bei denen, von denen wir hoffen, daß sie, weil sie über eine andere Macht verfügen als Studenten und Bürger der Universität, uns zu Hilfe kommen. Wenn die studentische Opposition wahrlich einen Vorzug hat, dann kann es — meine ich — nur der sein: daß sie Sensibilität für die Unterdrückung und für die Verletzung — auch für die Verletzbarkeit des Menschen — und ich meine einzelne Mernschen und sozialer Klassen — zu einer politischen Kategorie erhebt.

Wolfgang Lefèvre

Es soll gesprochen werden in diesem 3. Teil unserer heutigen Verhandlungen über die fast rhetorische Frage: Disziplinierung oder Demokratisierung der Universität? Der Berliner Senat hat uns in den letzten Wochen ein recht eindrucksvolles Bild dessen geboten, was Disziplinierung sein kann; wir haben uns gerade deswegen hier versammelt, um gegen solche Disziplinierung zu protestieren. Wir kennen aber auch aus Diskussionen über die Studienreform — Herr Prof. Habermas hat es eben schon angerissen und ich kann es mir darum fast ersparen —, die Disziplinierungsabsichten der anderen Seite, die auf Effektivität — unreflektiert auf Effektivität, also auf schnelleren Ausstoß von Nachwuchs durch die Fabrik Universität drängt, was sich am schönsten und studierenswertesten dargestellt hat in der Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Juni vergangenen Jahres. Wir wissen auch, daß es nicht darauf ankommt, die jetzige Hochschule einfach so, wie sie ist, zu verteidigen; deswegen besteht die generelle Forderung der Studenten: Demokratisierung der Hochschule; wobei eben genau die spannende Frage ist, was heißt denn das eigentlich: Demokratisierung der Hochschule?

Lange Zeit schien es so, als sei das Berliner Modell, also die sehr weitgehenden Mitwirkungsrechte der Studenten in den verschiedenen Selbstverwaltungsgremien der Universität das große Vorbild der Demokratisierung der Hochschulen, die in Westdeutschland erst noch durchzuführen wäre. Mir scheint das aber schon bereits ein sehr bezeichnendes Mißverständnis dieses Berliner Modells als rein gewerkschaftliches Modell zu sein und ich muß Sie deswegen für einige Minuten um Geduld bitten, einiges über den politischen Charakter des Berliner Modells zu hören.

Die Freie Universität war zweifelsohne — auch wenn es heute einige Gründer scheinbar vergessen haben —, eine eminent politische Hochschulgründung. Es waren Studenten, Assistenten und Professoren der Universität Unter den Linden, die in den amerikanischen Sektor Berlins zogen, um eine Universität frei von den Eingriffen des Staates aufzubauen. Darüber